

## OFFIZIELLE STELLUNGNAHMEN DER WAHLWERBENDEN PARTEIEN ZUM THEMENBEREICH KINDERGARTEN

---

01

Der Kindergarten ist eine familienergänzende elementare Bildungseinrichtung und für Kinder von 0 bis 6 Jahren offen.

Mit dem Begriff „familienergänzende elementare Bildungseinrichtung“ soll zum Ausdruck kommen, dass in diesen Einrichtungen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit entsprechend den Bedürfnissen der Kinder und der Familien geleistet wird.

02

Alle Kinder haben ein Recht auf einen bedürfnisgerechten Platz in einem Kindergarten. Kinder mit besonderen Bedürfnissen haben ein Recht auf spezifische Angebote.

03

Eltern haben ein Recht auf bedarfsgerechte und für alle Familien leistbare Kindergartenplätze. Die Gesellschaft teilt mit den Eltern die Verantwortung für die Kinder und hat demnach solidarisch den erforderlichen Beitrag für familienergänzende, qualifizierte Bildungsangebote zu leisten.

04

Die Öffnungszeiten in den Kindergärten sind den Bedürfnissen des Großteils der Familien entsprechend ganztägig und ganzjährig anzubieten. Vor allem Frauen müssen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden.

05

Wie im Schulbereich auch, ist der Kindergarten als elementare Bildungseinrichtung gänzlich über Steuern zu finanzieren und somit kostenlos anzubieten.

06

Notwendige Verfassungsänderung: Außerfamiliäre elementare und institutionelle Bildungs- und Betreuungseinrichtungen – beginnend von den Kinderkrippen über die Kindergärten, Tagesmütter, Kinderhäuser, altersgemischte Gruppen u. a. m. bis letztlich zu den Horten – sind in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache und Landessache.

07

Unter Zugrundelegung der derzeitigen kompetenzrechtlichen Systematik sollte die Grundsatzgesetzgebung Bundessache sein. Die Ausführungsgesetzgebung und die Vollziehung sollte bei den Ländern liegen.

08

Die Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung müssen durch ein „gemeinsames Dach“ in einem Bundesrahmengesetz vereinheitlicht werden. Den Ländern obliegt die Umsetzung.

09

Betreuungsschlüssel, Gruppengröße, Raumbedingungen drinnen und draußen, Vor- und Nachbereitungszeit, Personalerfordernisse und die Mindestkriterien der Ausstattung gehören zu den pädagogischen Strukturbedingungen, die einen bundeseinheitlichen Mindeststandard bezüglich der Qualität vorgeben sollen (auch für Kinder mit besonderen Bedürfnissen).


10

Darüber hinaus ist ein bundeseinheitlicher Bildungsplan für elementare Bildung zu erlassen.

11




Die in den elementaren Bildungseinrichtungen tätigen Personen benötigen eine einschlägige Qualifikation, um entwicklungs- und altersgemäße Inhalte und Methoden zur ganzheitlichen Entwicklung und Bildung der Kinder einsetzen zu können.

Die Ausbildung hat gemeinsam mit allen pädagogischen Berufen an den Pädagogischen Hochschulen zu erfolgen, wobei die Durchlässigkeit des gesamten pädagogischen Berufsfeldes (Elementar-, Volksschul - SekundarschulpädagogIn) modular zu sichern ist.

Thema	
<b>01</b>	<p><b>Der Kindergarten ist eine familienergänzende elementare Bildungseinrichtung und für Kinder von 0 bis 6 Jahren offen.</b></p> <p><b>Mit dem Begriff „familienergänzende elementare Bildungseinrichtung“ soll zum Ausdruck kommen, dass in diesen Einrichtungen Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsarbeit entsprechend den Bedürfnissen der Kinder und der Familien geleistet wird.</b></p>
Stellungnahme	
	<p>SPÖ</p> <p>Ein ausreichendes Angebot an qualitativ hochwertigen und pädagogisch wertvollen Betreuungsplätzen ist ein besonders wichtiges politisches Anliegen. Denn für die Kinder in unserer Gesellschaft haben Betreuungsplätze von hoher Qualität einen wichtigen pädagogischen Nutzen und sind Bildungsvorsprung zugleich. Für die Eltern bieten sie die Chance Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bringen. Um diese Ziele so rasch wie möglich zu verwirklichen hat der</p>

		Bund eine Anschubfinanzierung für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen bereitgestellt.
	ÖVP	Die Einrichtungen der Kinderbetreuung sind als Voraussetzung für eine Chancengleichheit aller Kinder zu sehen. Insbesondere der Kindergarten ist als eine qualitätsvolle, vorschulische Bildungseinrichtung in allen Bevölkerungsschichten akzeptiert. Das Ziel der Kindergartenziehung, die Förderung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung der Kinder durch geeignete Spiele und die erzieherische Wirkung der Gruppe, gilt es seitens der Politik bestmöglich zu unterstützen.
	GRÜNE	Wir Grüne sehen in Kindergärten keine reinen Aufbewahrungsstätten, sondern ein den Bedürfnissen der Kinder und der Familien angepasstes Angebot an Betreuung und Förderung, welches allen Kindern gleichermaßen offenstehen muss. Die Betreuung, Förderung und Erziehung der Kinder erfolgt in enger Kooperation mit den Eltern und nach neuestem wissenschaftlichen Erkenntnisstand.
	FPÖ	Wir setzen uns dafür ein, den Kindergartenbesuch vom dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt kostenfrei zu gestalten. Davor steht das Kinderbetreuungsgeld zur Verfügung, das sicherstellen soll, dass Leistungen aus der Kinderbetreuung finanzierbar sind. Dem Kindergarten kommt große Bedeutung zu. Hier gibt es auch für jene Kinder, die nicht aus völlig intakten Familien kommen, die große Chance, bei einer positiven Entwicklung Hilfestellungen zu bekommen.
	BZÖ	Dieser Definition pflichten wir voll und ganz bei. Bildung beginnt bereits im Kindergarten, wo der Grundstein für einen lebenslangen Lernprozess gelegt wird mit dem Schwerpunkt auf kindergerechter Vermittlung von Inhalten und Bildung. Gemeint sind damit ebenso soziale Kompetenzen, Sprachvermittlung und -förderung, sowie Bewegung, Musik und Stärkung des Selbstwertes.
	KPÖ	Ja, der Kindergarten ist eine familienergänzende Bildungseinrichtung mit dem Schwerpunkt allseitiger, ganzheitlicher Bildung. Daher muss eine kreative, ruhige Atmosphäre gewährleistet sein, in der sich die Kinder wohl fühlen.
	LIF	Die Liberalen fordern seit jeher Gratis-Kindergartenplätze für alle 3- bis 6-Jährigen in ganz Österreich. Zusätzlich wollen wir Gratis-Krabbelstuben für unter 3-Jährige und eine Umgestaltung der Kinderbetreuungseinrichtungen zu echten „Bildungsgärten“. Es geht darum, eine individuelle Förderung der Jüngsten in unserer Gesellschaft zu erreichen. Wir betrachten Kindergärten und Vorschulen als die erste,

		grundlegende Stufe des Bildungssystems, das geeignet ist, Herkunft bedingte Defizite abzufedern und näherungsweise gleiche Startbedingungen für alle Kinder sicher zu stellen.
	Dinkhauser	
<b>Thema</b>		
<b>02</b>	<b>Alle Kinder haben ein Recht auf einen bedürfnisgerechten Platz in einem Kindergarten. Kinder mit besonderen Bedürfnissen haben ein Recht auf spezifische Angebote.</b>	
<b>Stellungnahme</b>		
	SPÖ	Die SPÖ forciert den flächendeckenden Ausbau von qualitativer und bedarfsorientierter Kinderbetreuung und steht für einen Rechtsanspruch auf leistbare, hochqualifizierte Kinderbildung. Kinder mit besonderen Bedürfnissen müssen besonders gefördert werden.
	ÖVP	Ein ausreichendes, bedarfsgerechtes und flexibles Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen hat für die ÖVP oberste Priorität. Jedem Kind sollen Angebote, die auf seine speziellen Bedürfnisse zugeschnitten sind, zur Verfügung stehen
	GRÜNE	Das Grüne Modell sieht einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Kinderbetreuungsplatz für alle Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr vor. Dies gilt für alle in Österreich dauerhaft aufhaltigen Kinder, unabhängig von Staatsbürgerschaft und Einkommen. Selbstverständlich besteht das Recht auf Integration und die Berücksichtigung besonderer Bedürfnisse.
	FPÖ	Eine barrierefreie Gesellschaft muss auch die Barrieren in den Köpfen beseitigen. Besonders im Kindergarten, in den ersten Jahren des Gemeinschaftsleben, kann gezeigt werden, dass behinderte Menschen ein willkommener, ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft sind.
	BZÖ	Es steht außer Frage, dass sowohl der Schul-, als auch der Kindergartenplatz auf besondere Bedürfnisse von Kindern zurechtgeschnitten sein muss. Durch ein passendes Umfeld, welches auf individuelle Anforderungen von Kindern eingeht, werden diese in einer gesunden Persönlichkeitsentwicklung unterstützt. Die







		Möglichkeit einen dementsprechenden Platz zu bekommen, darf nicht von Geld, dem Wohnort oder anderen Faktoren abhängen.
	KPÖ	Ja! Integration erfordert entsprechenden Platz und Zeit, damit den besonderen Bedürfnissen Raum gegeben werden kann.
	LIF	Selbstverständlich. Die Liberalen treten daher auch für die differenzierte Gesamtschule ein, bei der die Förderung der individuellen Talente im Vordergrund steht und keine frühzeitige Selektion der 10jährigen in AHS und Hauptschule stattfindet
	Dinkhauser	
<b>Thema</b>		
<b>03</b>	<b>Eltern haben ein Recht auf bedarfsgerechte und für alle Familien leistbare Kindergartenplätze. Die Gesellschaft teilt mit den Eltern die Verantwortung für die Kinder und hat demnach solidarisch den erforderlichen Beitrag für familienergänzende, qualifizierte Bildungsangebote zu leisten.</b>	
<b>Stellungnahme</b>		
	SPÖ	Vermögen und Einkommen der Familie dürfen bei einer optimalen Kinderbetreuung ebenso wenig eine Rolle spielen, wie Muttersprache oder individuelle Lernschwierigkeiten. Ein entsprechendes Angebot an Bildungseinrichtungen für Kinder muss daher möglichst rasch umgesetzt werden.
	ÖVP	Für die Volkspartei ist Österreich als kinder- und familienfreundliches Land zentrales Ziel. Dazu gehört es, allen Kindern die Möglichkeit zu geben, sich gemäß ihrer Talente zu entwickeln und sie bestmöglich nutzen zu können. Der wichtigste Schlüssel für Entfaltung und Freiheit ist, sich ausdrücken und mit anderen austauschen zu können - von Kindesbeinen an. Um Kindern eine optimale Vorbereitung auf die Schule zu ermöglichen, setzt sich die ÖVP für ein verpflichtendes Kindergartenjahr für alle Fünfjährigen ein. Und zwar kostenlos. Für die Familien bedeutet das eine Entlastung von bis zu rund 140 Euro monatlich.








	GRÜNE	Kindergartenplätze müssen den VIF-Kriterien, welche die Vereinbarkeit von Familie und Beruf garantieren, erfüllen. Für alle Kinder ab 1 Jahr ist der Besuch freiwillig, ganztägig und kostenlos möglich. Die Finanzierung erfolgt analog zur Pflichtschulhaltung, Infrastruktur tragen Länder und Gemeinden, Personalkosten werden vom Bund ersetzt.
	FPÖ	Jeder Euro der hier investiert wird, trägt Früchte. Eltern sein ist eine große Aufgabe. Ein Beispiel: Für gehörlose Kinder sollte die öffentliche Hand Gebärdensprachkurse auch für die Eltern anbieten und bei der Frühförderung für die Kinder Verantwortung übernehmen.
	BZÖ	Genauso wie Kinder ein Recht auf passende Kindergartenplätze haben, haben auch alle Eltern das Recht, in ihrer Verantwortung der Kindererziehung seitens des Staates und der Gesellschaft bestmöglich unterstützt zu werden. Die Gesellschaft von morgen setzt sich aus den Kindern von heute zusammen, alle sollten an einer optimalen Zukunftsgestaltung interessiert sein.
	KPÖ	Und mehr: Wir fordern die kostenlose Betreuung als gesellschaftliche Verantwortung.
	LIF	Wir sehen Kindergärten als dem Schulsystem vorgelagerte Bildungseinrichtungen, in der Kinder in ihrer Persönlichkeit wahrgenommen und, auf die jeweilige Entwicklungsstufe abgestimmt, in ihren individuellen Talenten gefördert werden. Ein flächendeckendes Angebot an erstklassigen Kinder- bzw. Bildungsgärten liegt damit besonders im Interesse unserer Kinder und ist Steuer finanziert, das heißt für Eltern kostenlos zur Verfügung zu stellen.
	Dinkhauser	
<b>Thema</b>		
<b>04</b>	<b>Die Öffnungszeiten in den Kindergärten sind den Bedürfnissen des Großteils der Familien entsprechend ganztägig und ganzjährig anzubieten. Vor allem Frauen müssen bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt werden.</b>	
<b>Stellungnahme</b>		
	SPÖ	Möglichkeiten für Frauen einer Berufstätigkeit nachgehen zu können haben hohe Priorität, nur so ist die soziale Eigenständigkeit und






		Unabhängigkeit von Frauen tatsächlich gewährleistet. Deshalb sind Maßnahmen, die Vereinbarkeit von Job und Kind erleichtern besonders wichtig. Auch aus diesem Grund sind Öffnungszeiten, Schließtage, Mittagessen, etc. von Kindergärten entsprechend zu gestalten.
	ÖVP	Die Österreichische Volkspartei will den Familien Mut zu Kindern machen. Daher fordern wir die Ausweitung der Betreuungsangebote und der Öffnungszeiten, damit die Kinderbetreuungsangebote den Anforderungen der Eltern gerecht werden. Zusätzlich werden wir in Zukunft verstärkt Betriebskindergärten einfordern, denn unserer Meinung nach müssen nicht die Familien wirtschaftsfreundlich werden, sondern die Wirtschaft muss familienfreundlicher werden.
	GRÜNE	Die gängige Praxis von mehrwöchigen Schließzeiten in den Sommermonaten und die Beschränkung auf Vormittagsangebote wird zu Gunsten VIF-konformer Betreuungszeiten aufgegeben. Betriebe mit Arbeitszeiten in den Tagesrandstunden und an Wochenende werden bei der Einrichtung eigener Kinderbetreuungsmodelle für ihre MitarbeiterInnen unterstützt.
	FPÖ	Dazu ein klares Ja. Nicht jede Familie hat die Möglichkeit, die Kinder in den Ferien von nahen Verwandten betreuen zu lassen. Wer bekommt schon 2 Monate Urlaub? Die Kinderbetreuung muss daher unabhängig von der Jahreszeit sichergestellt sein, damit echte Wahlfreiheit gewährleistet ist.
	BZÖ	Das BZÖ unterstützt diese Forderung. Gerade in der heutigen Zeit, bei den heutigen Konditionen am Arbeitsmarkt ist es unerlässlich flexibel zu sein. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gilt es zu unterstützen. Frauen dürfen nicht zwanghaft vor die Wahl (Kinder oder Beruf) gestellt werden und haben ein Recht darauf, ihr Kind bestmöglich betreut zu wissen. Durch sehr unflexible Öffnungszeiten in den westlichen Bundesländern wird es Frauen schwer gemacht, das traditionelle Rollenverständnis zu individualisieren und in ein Berufsleben einzusteigen.
	KPÖ	Ja! Wir sind daher auch gegen die weitere Deregulierung der Arbeitszeiten, die ein Leben mit Kindern immer wenig lebbar macht, siehe auch die ständige Ausweitung Ladenöffnungszeiten.
	LIF	ArbeitgeberInnen, die Menschen zu speziellen Arbeitszeiten beschäftigen und -allenfalls im Zusammenschluss mit anderen - bedarfsorientierte Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung stellen, sollen dafür steuerlich entlastet werden. Wir denken dabei beispielsweise

		an Krankenhäuser und die Kinder von Krankenpflegern und -schwestern und von Ärztinnen und Ärzten.
	Dinkhauser	
<b>Thema</b>		
<b>05</b>	<b>Wie im Schulbereich auch, ist der Kindergarten als elementare Bildungseinrichtung gänzlich über Steuern zu finanzieren und somit kostenlos anzubieten.</b>	
<b>Stellungnahme</b>		
	SPÖ	Die SPÖ tritt schon seit langem für ein vorschulisches verpflichtendes Bildungsjahr im Kindergarten ein. Diese Bildungsförderung im Kindergarten soll gratis sein
	ÖVP	Das letzte Kindergartenjahr ist entscheidend für die Entwicklung der Sprachkenntnisse vor dem Schuleintritt. Daher soll dieses letzte Kindergartenjahr verpflichtend sein, um den Kindern die bestmögliche Vorbereitung auf die Schule zu ermöglichen. Dieses Angebot soll kostenlos sein – das heisst Familien werden pro Monat um bis zu rund 140 Euro entlastet.
	GRÜNE	Die Finanzierung der Kindergärten erfolgt analog zur jener der Pflichtschulen. Länder und Gemeinden tragen die Infrastrukturkosten, der Bund ersetzt die Personalkosten nach einem im Finanzausgleich vereinbarten Betreuungsschlüssel. Dies gewährleistet auch einheitliche Betreuungsstandards.
	FPÖ	Ja, und zwar vom dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt.
	BZÖ	In Kärnten wurde durch ein Pilotprojekt bereits 2006 ein gratis Bildungsjahr im Kindergarten vor Schuleintritt initiiert, an der Erweiterung dieses Vorhabens auch auf jüngere Kinder wird bereits gearbeitet. Es freut uns, dass das gratis Kindergartenjahr jetzt bundesweit diskutiert wird und hoffen, dass dieser Prozess schnell im Sinne unserer Kinder und Familien zu einem befriedigenden Ergebnis kommt.
	KPÖ	Ganz unsere Überzeugung. Die Kinder sind die Zukunft und Bildung darf keine Ware sein, sondern muss jedem Kind gleichermaßen zu teil werden können.

	LIF	Wie bereits bei den Punkten 1 und 3 angeführt, ist das eine unverändert aktuelle Forderung von uns Liberalen.
	Dinkhauser	
<b>Thema</b>		
06	<b>Notwendige Verfassungsänderung:  Außerfamiliäre elementare und institutionelle  Bildungs- und Betreuungseinrichtungen -  beginnend von den Kinderkrippen über die  Kindergärten, Tagesmütter, Kinderhäuser,  altersgemischte Gruppen u. a. m. bis letztlich  zu den Horten – sind in Gesetzgebung und  Vollziehung Bundessache <u>und</u> Landessache.</b>	
<b>Stellungnahme</b>		
	SPÖ	Die praxisorientierte Umsetzung pädagogisch hochwertiger Kinderbetreuungseinrichtungen steht derzeit im Mittelpunkt.
	ÖVP	Eine sinnvolle Änderung der Bundesverfassung im Bereich der Kompetenzverteilung auf dem Gebiet der außerfamiliären elementaren und institutionellen Bildungs- und Betreuungseinrichtungen kann nur in enger Zusammenarbeit mit den Bundesländern erfolgen, und wird mit diesen zu erarbeiten und diskutieren sein. Da der Kindergarten verstärkt auch als "Bildungsgarten" gedacht wird, ist gemeinsame, integrative Weiterentwicklung geboten.
	GRÜNE	Wir Grüne unterstützen die Forderung nach einer gesetzlichen Verankerung der Rahmenbedingungen und der Finanzierung von außerhäuslicher Kinderbetreuung.
	FPÖ	Wir halten es für möglich, das auch im Rahmen einer 15a-Vereinbarung zu regeln. Nur wenn die Verhandlungen scheitern, sollte eine Verfassungsänderung durchgeführt werden.
	BZÖ	Durch die inhaltlichen Zusammenhänge werden 06-08 unter einem beantwortet. Wir sehen eine Notwendigkeit in einer bundesweiten Grundsatzgesetzgebung um einen Mindeststandard zu definieren. Die Vollziehung, also die Ausgestaltung über den Mindeststandard hinaus sollte Ländersache sein. Aufgrund der derzeitigen rechtlichen Lage hatte das BZÖ die Möglichkeit in Kärnten unser Pilotprojekt durchzuführen und ein verpflichtendes





		Kindergartenjahr einzuführen. Dadurch werden nicht nur die sozialen Kompetenzen des Kindes widergespiegelt, sondern es ergibt sich auch die Möglichkeit noch vor Schulbeginn bei einem etwaigen Förderbedarf dort durch qualifiziertes Personal anzusetzen, wo es notwendig ist. In Österreich neuen verschiedene Kindergartengesetze und damit unterschiedliche Regelungen zu haben, von der Kostenfrage bis zu den Öffnungszeiten, ist nicht zielführend.
	KPÖ	Wir fordern schon seit Jahren ein bundesweites einheitliches Kinderbetreuungsgesetz, um allen Kindern die gleichen Möglichkeiten zu geben, soziale Kompetenz und Kontakte zu entwickeln und die <u>bestmögliche Bildung zu erreichen</u> .
	LIF	Wir verstehen die Grundsatzgesetzgebung als Bundessache, deren Vollziehung Angelegenheit der Länder und Gemeinden ist
	Dinkhauser	
<b>Thema</b>		
<b>07</b>	<b>Unter Zugrundelegung der derzeitigen kompetenzrechtlichen Systematik sollte die Grundsatzgesetzgebung Bundessache sein. Die Ausführungsgesetzgebung und die Vollziehung sollte bei den Ländern liegen.</b>	
<b>Stellungnahme</b>		
	SPÖ	Die SPÖ steht weiterhin zu einem einheitlichen Bundesrahmengesetz für die Kinderbetreuung als politische Forderung. In ganz Österreich sollen für Kinderbildungseinrichtungen die gleichen hohen Standards gelten (siehe 8)
	ÖVP	siehe Frage <a href="#">06</a>
	GRÜNE	Es müssen bundesweit einheitliche Rahmenbedingungen sowohl für die Qualität der Kinderbetreuungseinrichtungen als auch für die Arbeitsbedingungen der KindergartenpädagogInnen gelten. Die Ausführungsgesetzgebung bei den Ländern zu belassen ist sinnvoll, um innerhalb der Rahmenbedingungen flexibel auf regionale Bedürfnisse eingehen zu können.
	FPÖ	Der Föderalismus ist für uns ein wichtiges Element unserer Verfassung. Die Kompetenzen der Länder sollen daher nicht beschnitten werden.




	BZÖ	
	KPÖ	Ja, wenn die Finanzierung bundesweit geregelt wird, da sonst ärmere Gemeinden evt. den Aufgaben nicht nachkommen können.
	LIF	Wir halten die Einbindung der Gemeinden in die Vollziehung für angebracht.
	Dinkhauser	
<b>Thema</b>		
<b>08</b>	<b>Die Qualitätsstandards in der Kinderbetreuung müssen durch ein „gemeinsames Dach“ in einem Bundesrahmengesetz vereinheitlicht werden. Den Ländern obliegt die Umsetzung.</b>	
<b>Stellungnahme</b>		
	SPÖ	Sowohl in Bezug auf die Öffnungszeiten, als auch auf die Gruppengröße als auch die Anzahl und Ausbildung der Betreuer und Betreuerinnen sind die skandinavischen Länder und Frankreich Vorbild. Wir setzen uns dafür ein, dass die hohen Qualitätsstandards auch für Kinderbildungseinrichtungen in Österreich gelten
	ÖVP	Damit alle Kinder bei Eintritt in die Schule unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft gleiche Chancen haben, sollen die hohen Qualitätsstandards in Hinblick auf Bildung, Ausstattung und Gruppengröße in allen Kindergärten bundeseinheitlich festgelegt werden. Weiters setzt sich die ÖVP dafür ein, dass ein bundeseinheitlicher Bildungsplan für Kindergärten geschaffen wird.
	GRÜNE	Siehe Frage <a href="#">07</a>
	FPÖ	Dazu ein klares Ja.

	BZÖ	
	KPÖ	Ja, siehe <a href="#">6</a>
	LIF	Grundsätzlich gilt es, bundeseinheitliche Qualitätsstandards zu definieren. Wichtig ist, dass die Vereinheitlichung nicht eine Nivellierung "nach unten" bedeutet. Wenn es um Betreuung und Bildung unserer Jüngsten geht, müssen wir höchste Ansprüche stellen.
	Dinkhauser	
<b>Thema</b>		
<b>09</b>	<b>Betreuungsschlüssel, Gruppengröße, Raumbedingungen drinnen und draußen, Vor- und Nachbereitungszeit, Personalerfordernisse und die Mindestkriterien der Ausstattung gehören zu den pädagogischen Strukturbedingungen, die einen bundeseinheitlichen Mindeststandard bezüglich der Qualität vorgeben sollen (auch für Kinder mit besonderen Bedürfnissen).</b>	
<b>Stellungnahme</b>		
	SPÖ	Ein wichtiger Schritt ist der erwähnte Ausbau der Kinderbetreuungsplätze, der in den nächsten Jahren durch eine Anstoßfinanzierung des Bundes möglich wird. Auch hier wird der Grundsatz eingehalten: Qualität wird höher gefördert. Um von der Anstoßfinanzierung des Bundes profitieren zu können, müssen die Länder den Bundes-Betrag verdoppeln. Die Förderung der zusätzlichen Betreuungsplätze ist nach Qualitätskriterien gestaffelt. Die höchsten Beträge sind zu Beispiel für Qualitätsbetreuungsplätze vorgesehen, die Beruf und Familie vereinbar machen (Stichwort: Öffnungszeiten, Schließtage, etc.)
	ÖVP	Die ÖVP setzt sich für eine bundeseinheitliche Festlegung eines Qualitätsstandards in diesen Belangen ein.

	GRÜNE	Neben den genannten Kriterien fordern wir auch bundeseinheitliche Standards für die Öffnungszeiten und die Zahl der Schließtage. Die Aus- und Weiterbildung von KindergartenpädagogInnen soll bundesweit auf tertiäres Niveau an den Pädagogischen Hochschulen angehoben werden. Die arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen (Arbeitszeit, Urlaubstage, Bezahlung, Aus- und Weiterbildung, etc.) müssen bundesweit einheitlich geregelt werden.
	FPÖ	Die Landesregierungen und die Landtage gehen hier bisher in ihrer Eigenverantwortung vor. Diese Eigenverantwortung soll nicht ohne dringenden Grund beschnitten werden.
	BZÖ	Dies ist erforderlich um bundesweit all zu große Differenzen und Lücken in der Interpretation bzw. Gestaltung der pädagogischen Strukturbedingungen zu vermeiden.
	KPÖ	Ja! Anzustreben wären 16 Kinder in Regelgruppe, 4 - max.12 in Integrationsgruppen mit 2 PädagogInnen und 2 AssistentInnen mit Begleitung von Psycho- bzw. SonderpädagogInnen.
	LIF	Bundeseinheitliche Regelungen halten wir in allen Punkten, die unmittelbar auf die Betreuungsqualität Einfluss nehmen, für sinnvoll. Auch hier gilt es, höchste Ansprüche zu stellen.
	Dinkhauser	
<b>Thema</b>		
<b>10</b>	<b>Darüber hinaus ist ein bundeseinheitlicher Bildungsplan für elementare Bildung zu erlassen.</b>	
<b>Stellungnahme</b>		
	SPÖ	Die SPÖ tritt für eine Bundeskompetenz für das Bildungsangebot des Kindergartens - analog zu den Pflichtschulen - ein. Dazu gehört der Entwurf eines bundeseinheitlichen Bildungsplans sowie bundeseinheitliche Qualitätsnormen.
	ÖVP	siehe Frage <a href="#">08</a>
	GRÜNE	Dieser Bildungsplan wird in den letzten beiden Jahren vor Schuleintritt der Kinder während des von den Grünen geforderten Pflichtbesuches im Ausmaß von 12 Wochenstunden erfüllt. In den Jahren davor erfolgt eine individuell an die Kinder angepasste Frühförderung, jedenfalls werden keine Curricula vorgegeben, sondern Kompetenzen

		entwickelt.
	FPÖ	Siehe Frage <a href="#">9</a>
	BZÖ	Die zu vermittelnden Inhalte sollten in einem österreichweiten Bildungsrahmenplan festgehalten werden. Ähnlich wie in der Schule sollte darauf hingearbeitet werden, dass von einem Kind nach dem Kindergartenbesuch gewisse Fähigkeiten, Verhaltensnormen, etc. angenommen werden können- und das unabhängig vom Bundesland.
	KPÖ	Ja! Längst überfällig, entsprechende Vorschläge wurden bereits von den ExpertInnen gemacht.
	LIF	Kinder entwickeln sich nicht linear. Ein Bildungsplan für elementare Bildung muss Raum und Zeit geben für die Entfaltung unterschiedlicher Persönlichkeiten und unterschiedlicher Talente in unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Wesentlich ist es, die Nahtstellen zwischen den Bildungsinstitutionen sorgfältig zu gestalten. Leistungsbeurteilungen in Form von Benotung sollte, wenn überhaupt, frühestens ab dem Ende der zweiten Klasse Volksschule stattfinden. Bis dahin sind Beurteilungen in Form von Checklisten, die bereits erworbene Fähigkeiten und Fertigkeiten erfassen und besondere Aufmerksamkeit auf soziale und interkulturelle Kompetenz legen, denkbar. Denn im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe entscheidet soziale und interkulturelle Kompetenz. Sie macht Kinder fit für lebensbegleitendes Lernen, das Grundlage für die beste soziale Sicherung und Menschenrecht zugleich ist.
	Dinkhauser	
<b>Thema</b>		

11	<p><b>Die in den elementaren Bildungseinrichtungen tätigen Personen benötigen eine einschlägige Qualifikation, um entwicklungs- und altersgemäße Inhalte und Methoden zur ganzheitlichen Entwicklung und Bildung der Kinder einsetzen zu können.</b></p> <p><b>Die Ausbildung hat gemeinsam mit allen pädagogischen Berufen an den Pädagogischen Hochschulen zu erfolgen, wobei die Durchlässigkeit des gesamten pädagogischen Berufsfeldes (Elementar-, Volksschul – SekundarschulpädagogIn) modular zu sichern ist.</b></p>	
<b>Stellungnahme</b>		
	SPÖ	Die SPÖ setzt sich dafür ein, dass unter Nutzung der Stärken der Pädagogischen Hochschulen und der Universitäten eine gemeinsame Ausbildung für pädagogische Berufe mit gemeinsamen Standards entsteht, die sich an den Bedürfnissen der jeweiligen Altersgruppen orientiert.
	ÖVP	Unsere Kinder verdienen eine hohe Qualität der Betreuung. Für die Kindergartenpädagogen/Innen braucht es einheitliche Standards in der Ausbildung, vor allem mit einem Schwerpunkt auf die Sprachausbildung der Kinder. Daher hat die ÖVP schon im Perspektivenpapier eine Profilentwicklung für Kleinkindpädagogen/Innen, sowie die Durchführung der Ausbildung auf universitärer Ebene diskutiert.
	GRÜNE	Wir Grüne fordern die Aus- und Weiterbildung von KindergartenpädagogInnen an den Pädagogischen Hochschulen. Dort soll es auch Forschungsnetzwerke für die Kleinkindpädagogik geben, die derzeit in Österreich völlig fehlen. Weiters wird es allen PädagogInnen ermöglicht auch im späteren Berufsleben noch ein Weiter- oder Umqualifikation in andere pädagogische Berufe zu erwerben.
	FPÖ	Die Durchgängigkeit für das Berufsfeld ist eine wichtige Forderung, die von uns voll unterstützt wird.

	BZÖ	Die Ausbildung muss aufgewertet werden und an Pädagogischen Hochschulen stattfinden.
	KPÖ	Ja! Die Qualifikation muss grundsätzlich überdacht und verbessert werden und darf in keiner Sackgasse enden. Dies erfordert aber auch Überlegungen bezüglich einer besseren Entlohnung! Pädagogische Hochschulen sind absolut anstrebenswert.
	LIF	Jene Menschen, die unsere Kinder miterziehen, müssen erstklassig ausgebildet sein. Wir brauchen Akademien, Hochschullehrgänge und Studien, deren Lehrinhalte „state of the art“ sind, und wie wir sie in technischen Ausbildungen als selbstverständlich voraussetzen. Ebenso selbstverständlich muss es sein, dass Menschen, die unsere Jüngsten in dieser sensiblen Entwicklungsphase begleiten und fördern, nicht am Ende der Gehaltsskala der pädagogischen Berufe liegen dürfen, sondern der hohen Verantwortung entsprechend entlohnt werden müssen.
	Dinkhauser	